

Bericht des Superintendenten zur Kreissynode am 9./10. November 2001

Hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder,

Religion ist im Gespräch, denn Angst liegt in der Luft. Ob der 11. September wirklich ein Datum war, „nach dem nichts mehr so sein wird, wie es einmal war“, wird sich erst noch herausstellen, wenn seine politische Instrumentalisierung und die Kontinuität der Lebensabläufe deutlicher zu erfassen sind.

Dennoch ist zu spüren, dass nach Religion anders gefragt wird als zuvor und sie auch befragt wird, wofür sie steht, wie sie missbraucht werden kann und was sie zu leisten im Stande ist. Der Buchhandel meldete eine starke Nachfrage nach dem Koran und islamischer Literatur. Titelgeschichten großer Zeitungen beschäftigten sich mit den Religionen und ihrem fundamentalistischen Potential in ihrer Geschichte und den gegenwärtigen Formen. Viele Menschen suchten Trost in unseren Kirchen, Gottesdiensten und anderen Angeboten, wie dem Internet. Steht auf der einen Seite die Religion im Verdacht, Triebfeder des Terrors zu sein, so wird sie auf der anderen Seite durch ihre Bilder und Sprache als Trost erfahren. Es gibt eine Sehnsucht, dass der Friede das gemeinsame Anliegen der Konfessionen und Religionen wird. Das wollen viele Menschen in diesen Tagen erleben und neu glauben können.

In unserem Kirchenkreis fanden nach dem 11. September in vielen Gemeinden Gottesdienste statt, die wie selbstverständlich entstanden und gut besucht waren. Die meisten waren ökumenisch und boten einen aller ersten Ausdruck dafür, dass die Suche nach Frieden Grenzen überschreiten muss. Es ging darum, im bergenden Miteinander, Sprachlosigkeit auszuhalten, der Trauer Zuflucht zu geben und sich vom Gefühl eigener Bedrohung durch Vergewisserung zu entlasten. Dabei haben manche erfahren, dass die alten Worte der Bibel in extremer Situation eine Kraft entfalten können, die sich in der Durchschnittlichkeit des Alltags nur selten erschließt. Die in dieser Situation erlebte Ökumene ist ein Zeichen dafür, dass die Gewaltpotentiale, die auch in unseren Konfessionen liegen und über lange Zeit die konfessionellen Auseinandersetzungen bestimmt haben, überwunden werden können.

Bei vielen war der Wunsch da, die christliche Ökumene in einem Dialog der Religionen sichtbar werden zu lassen. Gemeinsam mit einigen Moscheevereinen fanden in Moers und Rheinhausen christlich-muslimische Gebete statt. Während man in Rheinhausen schon an eine Tradition vergleichbarer Begegnungen anknüpfen konnte, war es für Moers eine erste liturgische Öffnung im christlich-islamischen Dialog. Wir stehen hier noch am Anfang von Erfahrungen und auch der theologischen Reflexion. Aber in diesen Tagen waren die Gebete ein wichtiges Zeichen, die Friedensbotschaft und den Willen zum Frieden der beiden Religionen zusammenzubringen und über die Gemeindegrenzen hinweg sichtbar werden zu lassen. Terror hat keine Religion und auch keine Legitimation in den Heiligen Schriften. Dabei wird es für uns gerade auch in der Dekade zur Überwindung von Gewalt eine wichtige theologische Aufgabe werden, in der Bibel die Geschichten, Erfahrungen, Bilder und Sprachformen, in denen Gewalt vorkommt, vorausgesetzt wird oder zu ihr aufgefordert wird, kritisch zu reflektieren und ihr Verhältnis zur Friedensbotschaft der Bibel zu bestimmen.

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass die Geschichte des Christentums und des Islams von Spuren der Gewalt durchzogen sind. Dabei kommen Fragen auf. Sind es nur die institutionalisierten Religionen, besonders wenn sie mit der politischen Macht verquickt sind, die Gewalt hervorbringen? Handelt es sich also um Fehlinterpretationen der Bibel und des Korans? Oder ist nicht in den Heiligen Schriften selbst eine Spannung in der Beurteilung von Gewalt angelegt? Diese Beschäftigung könnte von der feministischen Theologie lernen, die die Gewalt gegen Frauen in der Bibel untersucht.

Auch würde es uns helfen, unsere eigene Geschichte deutlicher aus der „Fernerinnerung“ zu begreifen. In diese Fernerinnerung gehören die Kreuzzüge, die für uns zum „finsternen Mittelalter“ gehören, im Nahen Osten aber einen anderen Gegenwartsbezug haben. Luthers Polemik gegen Juden und Türken wird nicht nur von Rechtsradikalen instrumentalisiert, sondern schafft eine Unterströmung im Bewusstsein, durch die es leichter ist, seine Polemik in der Gegenwart bestätigt zu sehen, als sie zu überwinden. Die Eroberung Mittel- und Südamerikas durch die Konquistadoren und die Zerstörung der Maya- und Inkakulturen im Namen des Kreuzes sind nicht nur eine katholische Fehlentwicklung. Auch manche Methoden evangelischer Mission in Afrika in Verbindung mit dem Imperialismus seiner Zeit haben Menschen Gewalt angetan und dem Begriff und Verständnis von Mission bis heute dauerhaft geschadet. Wenn die Geschichte der Sklaverei einmal aufgearbeitet sein wird, wird es deutlich werden, wie christliche und islamische Sklavenhändler gemeinsame Sache gemacht haben. Die Afrikaner waren nichts anderes als eine Ware. Nordirland bleibt bis heute ein Stachel in der christlichen Ökumene. Dort, wie auch zum Teil auf dem Balkan, finden die sozialen und politischen Auseinandersetzungen entlang religiöser Identitäten statt.

Dabei ist es wichtig zu wissen, dass es in jeder Gewalterfahrung auch immer Menschen gab, die sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzten, die Kultur der Anderen achteten, sich aus ihrem Glauben heraus für Menschenrechte einsetzten und Mission zu einer kulturell, sozial, religiös und ethnisch befreienden Erfahrung werden ließen.

Die Macht der Religionen ist groß, sowohl in ihrem Zerstörungs- als auch in ihrem Friedenspotential. Es gilt dies zu erkennen und sich im Sinne der Botschaft Jesu für ihre friedensstiftende Kraft zu entscheiden. Das wird von uns noch viel Kraft erfordern, gerade auch im Gespräch mit den Muslimen. Kommt es jetzt vor allem darauf an, Muslime vor dem Generalverdacht zu schützen, Wegbereiter des Terrorismus zu sein und dem Islam eine stärkere Gewaltbereitschaft zuzuschreiben, als man es dem Christentum gegenüber tut, so dürfen wir uns auf längere Sicht auch nicht mit einem oberflächlichen Toleranzbegriff zufrieden geben, dessen Basis allenfalls Gleichgültigkeit ist. Eine so verstandene Toleranz hat keine Substanz, sondern wir müssen daran arbeiten, dass der Islam die Möglichkeit findet, in unserem Land heimisch zu werden, damit er sich zu einem Islam in Deutschland und Europa entwickeln kann. Dazu gehört u.a. islamischer Religionsunterricht an den Schulen, stärkere Transparenz der Moscheen im öffentlichen Leben, deutschsprachige Hodschas, die Verbesserung der Kommunikation durch gegenseitige Besuche, aber auch eine andere Städteplanung. Der Ramadan und die Adventszeit bieten Gelegenheiten guter Nachbarschaften. Dabei muss uns deutlich sein, dass viele Türken in ähnlich säkularisierter Form Muslime sind wie auch viele Deutsche ihre christliche Identität losgelöst von ihren Kirchengemeinden leben oder diese auch aufgegeben haben, wenngleich sie sich den grundlegenden Werten des Christentums im Sinne einer humanen Gesellschaft verpflichtet fühlen. Der christlich-muslimische Dialog findet in einem größeren Zusammenhang statt und hat für diesen exemplarische und stellvertretende Bedeutung.

Dieser Dialog ist deswegen so wichtig, weil sich Menschen in der Sorge um ihre Zukunft von den Religionen abwenden, da sie medial besonders deren dunklen Seiten vermittelt bekommen und sie sich nicht mit Fundamentalismus, Fanatismus und Intoleranz identifizieren möchten. Die Absolutheitsansprüche des Christentums und des Islam schrecken Viele ab. Religion steht unter dem Vorwurf der Intoleranz und eines Eifers, der eher die Ziele der eigenen Einflussicherung als die der Humanität verfolgt. Enttäuscht wenden sich Menschen von Religion und Kirche ab, ohne aber adäquate Sinnangebote zu finden. Es entsteht ein Vakuum, das mit anderen Sinnangeboten gefüllt wird. Eine Welt aber ohne Religion, also ohne Rückbindung und Rückhalt an eine sie tragende Tradition, wird zu einer kalten Welt führen, in der Sinnfragen zu Machtfragen werden. Der Verlust an Religion ist ein Verlust an Sinn und an Werten. Wo sie fehlen, kann sich die Macht des Stärkeren hemmungslos entfalten, treten selbsternannte Götter auf und wird die vermeintliche Rationalität des Marktes und der Konsum zum Lebenszweck.

Andere Menschen suchen uns auf, wie es die Gottesdienste nach dem 11. September gezeigt haben, weil sie Trost und Zuspruch erwarten. Hier liegt eine Stärke, die man uns zutraut. Viel weniger deutlich war die Nachfrage nach Gottesdiensten nach dem 7. Oktober. Dies lag nicht nur an den Ferien, sondern zeigt unsere Schwäche auf, wie wir vom Trost zum Handeln kommen, das nicht nur den Terror, sondern die Gewalt des Krieges mitbedenkt und durch unseren Glauben befragt. Es ist vielleicht ein Grundzug unserer Arbeit, dass die tröstende Kraft deutlicher ausgeprägt ist als die langfristige Friedensarbeit mit allen ihren politischen Implikationen.

Das Gebet des Zacharias „... und richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ zeigt den Weg unserer Sendung an. Die Menschen, die bei uns auf Trost hoffen, können wir zum Frieden ermutigen. Das ist unsere Mission. Indem wir das Evangelium verkündigen, hoffen wir beides zu erreichen. Der Gemeindeaufbau soll zeichenhaft auf das Reich Gottes unter uns hinweisen. Die einzelne Gemeinde soll wissen, dass durch sie die Fülle Gottes zu den Menschen kommt, sie aber zugleich ein Glied am Leib Christi ist. Exemplarisch soll unsere Sendung an einigen Handlungsfeldern und Ereignissen im Kirchenkreis dargestellt werden.

1. kreiskirchliche Partnerschaften

Auch wenn nach den Prioritäten der alltäglichen Aufgaben die ökumenischen Partnerschaften eher nachgeordnet erscheinen, helfen sie uns in den aktuellen Fragen, unsere Beurteilungen auch mit den Erfahrungen zu verbinden, die wir aus ihnen gewinnen. Chronologisch meine ich damit die Beziehungen zum Kirchenkreis Oderbruch, der Diözese Beni-Souef der koptischen Kirche in Ägypten, zum Kirchenkreis Kigali der Presbyterianischen Kirche von Ruanda (EPR), der Southwest Association der United Church of Christ in Wisconsin (UCC) und der Gereja Kristen Jawa Tengah Utara (GKJTU) in Indonesien. Dazu kommen gemeindliche Partnerschaften, das Hilfsprojekt für das Schulsanatorium in Uzda/Weißrussland wie auch Kontakte durch das Gustav-Adolf-Werk. Dies ist für einen Kirchenkreis schon ein beachtliches Geflecht, das sich zaghafte zu einem Netzwerk der Kirchen entwickelt, wenn man bedenkt, dass die UCC und Beni-Souef Beziehungen untereinander haben, die Ruanda- und Indonesienpartnerschaft eingebettet sind in den Verbund der VEM-Mitgliedskirchen und es durch die Weißrusslandhilfe Kontakte zum Diakonischen Werk der EKIR und dem Projekt „Hilfe für Osteuropa“ gibt. Die Beziehungen zum Oderbruch haben sich durch eine Kooperation mit dem Kirchenkreis Essen-Mitte verstärkt, der mit Bad-Freienwalde verbunden war, das mit Seelow gemeinsam nun den Kirchenkreis Oderbruch bildet.

Wir erleben die Partnerschaften durch Besuche, wie es bei den von Pfr. Dr. Günter Meyer-Mintel und Diakon Dietmar Boos angebotenen Reisen nach Ägypten möglich ist. Liturgie und Diakonie gemeinsam zu leben, war das Anliegen von Bischof Athanasios, der nach unserer letzten Herbstsynode starb. Unsere Partnerschaft ist auch ein verpflichtendes Erbe, das nach der Einführung neuer Bischöfe und dem Erhalt des Schwesternordens weiterentwickelt werden kann. Wir erfahren die geistliche Bedeutung von Partnerschaften z.B. durch die Musik, die durch die Reise des Jugendchores unter Leitung von Pfr. Manfred Mielke über Ostern nach Ruanda möglich wurde. Wir erleben sie gegenwärtig im direkten Austausch durch die Mitarbeit von Pfarrerin Virginia Pych aus der UCC in der Gemeinde Hoerstgen. Im Blick auf den Oderbruch bündeln sich unsere Überlegungen in der Frage, welche Bedeutung eine evangelische Kindergartenarbeit in dem säkularen Umfeld für den Gemeindeaufbau hat. Pfr. Ferdinand Isigkeit ist der Ansprechpartner auf unserer Seite. Eine kleine Ausstellung zeigt Bilder des Kindergartens. Bei der GKJTU erleben wir, wie diese Kirche durch diakonische Projekte ihr Zeugnis lebt und sich keineswegs auf innerkirchliche Stabilisierung zurückzieht.

Durch die Partnerschaften sind wir mit Kirchen verbunden, die anders sind als wir. Dieses Anderssein erleben wir im materiell-organisatorischen Sinn oft als kleiner und schwächer als wir kirchliches Leben gewohnt sind. Sie sind in ihrem Zeugnis und Dienst aber nicht defizitär gegenüber dem Anspruch, den wir vielleicht an Kirche haben, sondern sie machen uns Mut, dass Kirche möglich ist, und Kirche lebt, auch wenn sich Bedingungen ihrer Existenz in der Gesellschaft ändern. Mit Ausnahme der UCC spielen in den anderen Partnerschaften materielle Hilfen eine Rolle. Es ist gut, dass wir darin bis heute verlässliche Partner geblieben sind und hoffentlich bleiben werden.

Aber wir profitieren von ihnen gerade auch in den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, in denen wir das Profil unserer Kirche entwickeln wollen. Hinter den aktuellen Ereignissen in Afghanistan ist die innenpolitische Auseinandersetzung mit der von Rechtsradikalen ausgehenden Gewalt in der Berichterstattung zurückgetreten. Gleichwohl ist sie da und z.B. in Brandenburg eine Herausforderung, der sich der Sprengel Cottbus, zu dem der Oderbruch gehört, in besonderer Weise stellt. Gerade als Minorität können die Gemeinden ein hohes Maß an Wachsamkeit aufbringen, um Menschen widerstandsfähiger zu machen gegenüber rechtsradikalen Tendenzen. Der Bürgermeister von Seelow bewertete auf der dortigen Frühjahrssynode die Kindergartenarbeit als eine soziale Investition. Sie steht als ein Zeichen gegen die Abwanderung von jungen Familien. Damit setzt die Kirche ein Signal in einer Gesellschaft, die durch Arbeitsplatzabbau, Frustrationen und Identitätsverlust und der Grenzlage zu Polen als Ostgrenze der EU so verunsichert ist, dass die Schuld an dieser Situation im Sinne der Sündenbocktheorie Minderheiten zugeschoben wird, was wiederum rechtsradikale Parolen und Handlungen Auftrieb gibt. Dabei ist der Kindergarten nur ein Beispiel, wie Gemeinden ihre Verantwortung wahrnehmen.

Seit Wochen frage ich mich, wie unsere Partner in Ägypten und Indonesien damit leben, dass Terrorismus und Krieg in globaler Weise zeigen, was in ihren Ländern unter Ausnutzung von Spannungen zwischen den Kulturen und Religionen immer wieder als kriminelle und terroristische Akte erlebt wird. Auch wenn die GKJTU und die Diözese Beni-Souef selbst noch nicht Schauplätze von schweren Gewalttaten waren, so finden sie trotzdem in ihrer direkten Umgebung auf Java und auch in anderen Regionen Ägyptens statt. Unsere Partner verstehen sich als Teil ihrer Völker und haben, wie die Kopten, eine längere Tradition in ihrem Land als der Islam oder, wie in Java, eine eigene christliche Identität gefunden, die nicht in Konkurrenz zum Islam entstanden ist. Trotzdem werden sie in fundamentalistischen Kreisen als mit dem Westen verbundene Gemeinschaften gesehen.

Aus dieser Sicht sind die Christen weniger eine konkurrierende Religion, sondern Interessenvertreter und Nutznießer westlicher Kultur und Herrschaft. Sie gelten damit als Teil einer westlich orientierten Kultur, die ihre Werte und Macht global durchsetzen will.

Wie tief verwurzelt diese Globalisierung im wirtschaftlich-kapitalistischen Handeln ist, zeigt der mühsame Weg durch die Erlassjahrkampagne, den fairen Handel, vom Oikocredit und ähnlichen Programmen, Verbesserungen für die armen Länder und ihre Bevölkerungen zu erzielen. Die politischen Ereignisse beim Weltwirtschaftsgipfel in Genua machen deutlich, dass die Globalisierungsvorstellungen der Regierungen der reichen Länder nicht mehr widerspruchslos hingenommen werden. Die Furcht vor weiteren terroristischen Anschlägen führt zu einer Politik, die die Vormachtstellung Amerikas und seiner Verbündeten weltweit ausbauen. Es wird noch schwieriger werden, die Lebensbedingungen in den armen Ländern zu verbessern, da ungeheure Summen für den Krieg gebraucht werden, die für die Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung stehen. Gravierend ist auch, dass humanitäre Maßnahmen denen als Almosen zugestanden werden, die man zuvor bombardiert hat. Der Aufbau einer menschlichen und gerechten Gesellschaft braucht eine Entwicklungspolitik – ein Wort, das fast in Vergessenheit geraten ist – in der Globalisierung nicht nur ein anderes Wort für westliche Vormachtstellung ist, sondern sich als Chancengleichheit aller an den weltweiten Ressourcen und Informationen versteht. Statt abhängig zu sein von den Konsumwünschen und Produktionsweisen der westlichen Welt, sollten Lebensbedingungen geschaffen werden, in denen Menschen ohne Hunger und Armut leben können.

Unsere Partnerschaften, wie bescheiden sie sich auch ausmachen, sind unsere Möglichkeiten über globale Zusammenhänge nachzudenken und im Austausch mit den Partnern zu Projekten zu kommen, die sie in ihren Kulturen stärken und einen Beitrag leisten, menschlichere Lebensbedingungen zu schaffen. Alle Partnerschaften verstehen sich auch als Hilfe zur Selbsthilfe im entwicklungspolitischen Sinn. Ich bewerte unser bescheidenes Engagement in Ägypten, Ruanda und Indonesien auch als eine friedensethische Entscheidung. Die Armut und Ungerechtigkeit der Weltwirtschaftsordnung werden als politische Ohnmacht erlebt. Das selbständige politische Handeln der armen Völker ist durch die Globalisierung, das oft korrupte Verhalten ihrer eigenen Regierungen und der Sorge um das tägliche Überleben beschränkt. Daher werden die Lebenssituationen oft fatalistisch hingenommen und erlitten. Zugleich können sie aber der Nährboden für den Terrorismus sein. In seinem Kampf gegen die westlich-globalisierte Welt baut der Terrorismus auf das Einverständnis derer, in deren Namen er zu handeln vorgibt. In seinen menschenverachtenden Aktionen ist er allenfalls ein apokalyptisches Fanal, aber in keinster Weise an der Entwicklung der Länder und ihrer Völker zu mehr Gerechtigkeit und Lebenssicherheit interessiert. Auch Krieg gegen den Terrorismus zu führen wird nicht die Armut beseitigen. Der Terrorismus kann nicht durch Krieg überwunden werden, sondern nur durch politische Entscheidungen. Mit diesem Krieg ist der Kampf gegen den Terrorismus nicht zu gewinnen. Der Krieg muß aufhören, wenn eine politische Allianz gegen den Terrorismus mit dem Ziel einer gerechteren Welt erreicht werden soll. Ich fürchte, dass die politischen, auch innenpolitischen Konsequenzen, die in dieser Mobilisierung jetzt beschlossen und noch billigend akzeptiert werden, langfristig zu einer stärkeren politischen Polarisierung in unserem Land führen werden. Unser Verhalten wird dann zu berücksichtigen haben, dass wir Kirche nur ökumenisch sein können, also mitzubedenken haben, wie diese Entscheidungen sich auf unsere Partnerkirchen und ihre Länder auswirken.

Wie verzweifelt wir dabei auch sein können, hat der Genozid in Ruanda 1994 gezeigt. Unsere damaligen kleinen auf Versöhnung ausgerichteten Projekte sind in der entfesselten Gewalt untergegangen. Aber heute wissen wir, dass es den Genozid nicht gegeben hätte, wenn die internationale Politik es nur gewollt und finanziert hätte. Unsere Partnerschaft hat nicht aufgehört, ist aber anders geworden. Von daher ist es gut, dass sie nun durch die Jugendbegegnungen der Chöre – ein ruandischer Chor wird im Frühsommer nächsten Jahres zu uns kommen – sich neu aufbaut und als interkulturelle Begegnung eine breitere Basis gewinnt. Unsere Partnerschaft hilft mit, den Afrikanern das Gefühl zu geben, nicht vergessen und abgeschrieben zu sein, wie sie es durch die europäische Politik seit Jahren erfahren.

Die mit der UCC einmal begonnene Arbeit, sich als Kirche des gerechten Friedens zu verstehen, sollte neu aufgenommen werden. In den Tagen nach dem 11. September hat es eine Nähe gegeben, die von der Hoffnung auf Verständigung geprägt war und in der Vergeltung nicht vorkam. Dies hat den Gemeinden dort gut getan und uns erste Orientierung gegeben. Theologische Arbeit und Austausch aber dürfen jetzt nicht in der Routine untergehen. Auch hier wird zunächst ein musikalischer Austausch neue Wege ebnen können, wenn im Oktober nächsten Jahres unter Leitung von Kreiskantor Jürgen Kuns ein Chor nach Wisconsin fährt.

Wo immer das Wort Globalisierung fällt, was es auch verheißen oder verschleiern mag, da sollten wir uns klar sein, dass wir Partnerkirchen haben, mit denen wir gemeinsam Ökumene leben können, was vom Wortsinn her die ganze bewohnte Welt meint. Deswegen können wir gemeinsam daran arbeiten, sie gleichberechtigt für alle bewohnbar zu machen.

2. Arbeit an der Gemeindekonzeption

Durch Beschluss der Landessynode vom Januar 2001 sind alle Gemeinden aufgefordert, eine Gemeindekonzeption zu entwickeln. Ausgelöst durch die Fragen nach der Residenzpflicht der Pfarrer/Pfarrerinnen und den Veränderungen des evangelischen Pfarrhauses entwickelte sich die Diskussion über die Qualifikationen und Leistungsbewertung der Pfarrer/Pfarrerinnen zur Frage, nach welchen Kriterien Gemeindeaufbau betrieben wird. Obwohl viele Gemeinden eine vergleichsweise ähnliche Grundausstattung durch Kirche, Gemeindehaus, Kindergarten, Jugendzentrum etc. haben und mit dem Pfarrer/Pfarrerin noch weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haupt- oder nebenamtlich beschäftigt sind und in allen Gemeinden eine Anzahl ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen überhaupt erst Gemeindeleben ermöglichen, entwickeln sich die Profile der Gemeinden unterschiedlich. Das liegt an den demografischen und sozialen Grunddaten der Gemeinden, an ihrer theologischen Tradition und der ihrer Pfarrer/Pfarrerinnen aber auch daran, ob Gemeindeglieder geplant wird, sie sich eher kreativ-zufällig entwickelt oder an überkommenen Mustern orientiert, die schon immer das Gemeindeleben ausgemacht haben. Hier setzten die Überlegungen der Gemeindekonzeption ein. Sie ist darauf angelegt, möglichst viele Gemeindeglieder nach ihren Bedürfnissen und Wünschen zu fragen, Menschen aus den Randbereichen der Gemeinde und von außen einzubeziehen, um so letztlich in den Beratungen durch die Gemeindeversammlung und durch das Presbyterium eine Konzeption zu entwickeln. Dabei ist wichtig, dass diese Konzeption offen bleibt und Veränderungen aufnehmen kann. Die Arbeit an der Konzeption selbst ist schon ein erster Beitrag zu ihrer Verwirklichung, da durch die Mitarbeit vieler etwas von der angestrebten Wirklichkeit aufscheint, dass „wir alle durch die Taufe zum Zeugnis und Dienst in der Welt berufen sind.“

Schon jetzt sind alle Gemeinden herausgefordert, an dieser Konzeption zu arbeiten, bei denen durch Pfarrstellenwechsel oder andere gemeindliche Veränderungen eine Zäsur gegeben ist.

Ich schlage vor, dass möglichst alle Gemeinden diese Arbeit beginnen. Auf unseren Kirchenkreis bezogen wäre es wichtig, dass sich die Gemeinden in einer Region untereinander abstimmen und austauschen. Dabei kann es vorkommen, dass auch Verlustängste oder Konkurrenzen in die Gespräche hineinkommen und die Arbeit schwierig machen. Für die Presbyterien bedeutet dies, in die Kompetenz ihrer geistlichen Leitung das Gespräch mit den Nachbargemeinden hineinzunehmen. Die geistliche Leitung einer Gemeinde und das geschwisterliche Miteinander der Gemeinden gehören zusammen.

Die Kooperationen, die zwischen Rheinberg-Böninghardt, Alpen-Wallach/Ossenberg und in Rheinhausen zwischen der Erlöser- und Friedenskirchengemeinde bestehen, sind erste Erfahrungsfelder. Ähnliche Kooperationen könnten auch in Moers (z.B. bei den Gemeinden entlang der Römerstraße) oder zwischen anderen Nachbargemeinden gefunden werden. Größere Kooperationen ließen sich sicherlich im Bereich der Kindergärten finden, wenn z.B. Stellenveränderungen von einem gemeinsamen Pool aus geplant werden könnten. Die Frage nach der Qualitätssicherung macht beispielhaft deutlich, dass wir in unserer Arbeit untereinander vergleichbarer werden müssen und Menschen bei uns Standards vorfinden, die zum Selbstverständnis aller Gemeinden gehören müssen. Die Arbeit am Qualitätssicherungsprogramm wird die Kindergartenarbeit zukunftsfähig machen. Eine Investition in diesem Bereich wird langfristig kostengünstiger sein, als einfach nur das Bestehende fortzuschreiben.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Gemeindekonzeption ist die Gewinnung und Mitarbeit von Ehrenamtlichen in unseren Gemeinden. Nach der Sommersynode 1998 hat sich das „Forum Ehrenamt“ mehrmals getroffen und im Frühjahr ein Arbeitsergebnis vorgelegt, das Ihnen auf dieser Synode präsentiert wird. Orientiert an der Tradition der ehrenamtlichen Arbeit unserer Gemeinden und in der Aufnahme neuer Impulse aus den Erfahrungen freiwilliger Arbeit ist ein Leitfaden entstanden, der den Gemeinden helfen kann, die Ehrenamtlichkeit als Lebelement einer christlichen Gemeinde zu stärken. Allen, die in dem Forum mitgearbeitet haben und denen, die es leiteten, gilt mein herzlicher Dank.

Veränderungen haben auch in der Diakonie begonnen. Seit einigen Jahren schon zeigen sich Schwierigkeiten, die ambulante Pflege der Diakonie- und Sozialstationen kostendeckend anzubieten. Trotz der nachweisbar guten und von vielen Patienten und ihren Familien wertgeschätzten Arbeit, baut sich das finanzielle Defizit dennoch nicht im erhofften Umfang ab. Dies hat in der Diakonie Duisburg-West zu Verhandlungen und Vereinbarungen geführt, gemeinsam mit der Behinderten- und Altenhilfe gGmbH, die innerhalb des Kirchenkreises in der stationären Altenpflege tätig ist, in einer neuen Gesellschaft die ambulante Pflege weiterzuführen. Die Ergänzung der stationären und ambulanten Pflege wird zu einem Synergieeffekt führen, der sich hoffentlich kostensenkend auswirken wird. Die organisatorische Zusammenführung von ambulanter und stationärer Pflege erweitert die Kooperationsmöglichkeiten auch mit den Krankenhäusern und kann Familien z.B. durch Kurzzeitpflege eine bessere Entlastung bieten. Langfristig wäre zu überlegen, wie weitere Kooperationen gefunden werden können, so dass vielleicht zukünftig im Kirchenkreis ein starker Verbund der ambulante und stationären Pflege entsteht.

Veränderungen kommen nicht nur durch theologische Einsichten oder soziale Umschichtungen zu Stande, sondern sind auch ein Reflex auf die materiellen Ressourcen, die eine Institution zur Verfügung hat. Aus finanzpolitischen, demografischen und konjunkturellen Gründen hat sich das Kirchensteueraufkommen verringert. Eine grundsätzliche Verbesserung wird es nicht geben. Vielmehr muss mit einem weiteren

Rückgang gerechnet werden. Dies trifft uns nicht unvorbereitet, setzt sich aber jetzt erst zunehmend in Planungen um. Es ist zu bezweifeln, ob ein lineares Sparen noch Erfolg haben wird, wenn wir die Haushalte auf Sparmöglichkeiten durchforsten. Erst konzeptionelles Handeln im oben angedeuteten regionalen Verbund wird Einsparmöglichkeiten bringen. Dabei werden wir zu Überlegungen kommen müssen, wie sparen und investieren in einen planerischen Zusammenhang kommen können. Beides gehört zusammen, wenn es unser Ziel sein soll, gemeindliche und kreiskirchliche Arbeit als sich ergänzende Angebote aufeinander abzustimmen.

3. Gemeinden und Kirchenkreis

Die presbyterial-synodale Ordnung unserer Kirche ist Ausdruck der geistlichen Erkenntnis, dass jede Ortskirche Teil eines Ganzen ist und eine Kirche konkret werden muss in den Lebensbereichen der Menschen. Dabei spielt bisher der Wohnort eine besondere Rolle. Die Gemeinschaft, der auf den Wohnort bezogenen Gemeinden untereinander und zusammengefasst in überschaubaren Kirchenkreisen, ist konstitutiv für die Gemeinschaft aller in der Landeskirche. Diese ihrerseits ist auch nicht „die Kirche“. In den unterschiedlichen, aber aufeinander bezogenen Gliederungen, leben alle in der Berufung „an der Verwirklichung der Gemeinschaft der Christenheit auf Erden teilzunehmen.“ (Kirchenordnung, Grundartikel IV)

Geleitet von dieser Grundeinsicht baut sich unsere Kirchenordnung von den Aufgaben und Diensten der Gemeinde auf. Danach werden die Dienste und Aufgaben des Kirchenkreises, der Landeskirche und der missionarischen und diakonischen Werke dargestellt. So vollzieht die KO das nach, was die gewachsene Realität unserer Kirche ist. Sie baut sich von den Gemeinden her auf und wirkt durch die anderen Gliederungen auf die Gemeinde zurück. Die Selbständigkeit jeder Kirchengemeinde wird in Artikel 7 der KO eigens betont. Die Gemeinde ist in diesem Bild die stärkste Bezugsgröße unserer Kirche. Alles geschieht letztlich durch sie und für sie, damit sie befähigt wird, ihr Zeugnis und ihren Dienst in der Welt wahrzunehmen. Nun ist aber die Gemeinde niemals Selbstzweck, sondern es gibt sie, weil Gott durch sie sein Heil allen Menschen zukommen lassen will. Dieses organische Bild von Kirche, die sich von unten nach oben aufbaut, trägt dazu bei, dass eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung durch Kirchengemeinden erreicht werden konnte. Kaum zwei Stunden Fußweg voneinander entfernt steht eine Kirche und damit die Dienste einer Gemeinde zur Verfügung. Dieses aus dem fränkischen Eigenkirchenwesen des frühen Mittelalters stammende Parochialsystem hat sich bis heute in der Substanz nicht geändert. Es ist immer engmaschiger und funktionstüchtiger ausgebaut worden. Besonders nach dem 2. Weltkrieg ist eine Gemeindeentwicklung möglich geworden, wie wir sie in unserer persönlichen Lebensgeschichte wiederfinden und als Bild von Gemeinde und Kirche verinnerlicht haben. Wir können es uns nur schwer vorstellen, dass Kirche auch anders leben kann. Das ist unser Erbe. Manchmal haben wir den Eindruck, dass dieses Erbe eine Last ist oder es uns wie Sand zwischen den Fingern zerrinnt.

Dieses System hat es mit sich gebracht, dass jede Gemeinde immer das Ganze aller kirchlichen Möglichkeiten in sich abbilden und anbieten wollte. Dazu gehört die lebensgeschichtliche Begleitung von Einzelnen und Familien ebenso wie auch die nach Alter und Geschlecht differenzierten Angebote. In unserem Kirchenkreis gibt es Gemeinden, die ein umfassendes Angebot von der Eltern-Kindarbeit bis zum Altenheim anbieten können. Aber selbst da, wo eine Gemeinde nur einen Ausschnitt davon hat, ist doch der umfassende Dienst ein starkes Vorbild des Gemeindelebens. In diesem Sinn kann sich die Gemeinde als die Kirche am Ort verstehen, über die hinaus Kirche nicht weiter notwendig zu sein scheint.

Folgerichtig werden ergänzende Angebote aus dem Kirchenkreis, der Landeskirche oder der Einrichtungen und Werke nur als komplementäre Dienstleistungen verstanden, die die gemeindlichen Ressourcen stärken. Viele Einrichtungen des Kirchenkreises verstehen sich auch so und sind auf die Optimierung der Gemeindegemeinschaft ausgerichtet. Dabei ergibt es sich, dass die Einrichtungen und Werke des Kirchenkreises oder der Landeskirche profilierte Angebote machen und neue Impulse in die Gemeindegemeinschaft geben. In dem Maß, wie sie für die Gemeinde gute und ergänzende Arbeit anbieten, entwickeln sie eigene Profile und werden über die Gemeinden hinaus erkennbar und zum Ansprechpartner von Einzelnen, von anderen gesellschaftlichen Gruppen und Einrichtungen. So wirken die kreiskirchlichen Angebote in die Gemeinden hinein, verschaffen aber auch über die Gemeinden hinaus ein Bild von Kirche in der Öffentlichkeit. Die Erwachsenenbildung ist Dienstleistung für die Gemeinden. Sie vermittelt zugleich auch mit ihrem Programm und den Einzelveranstaltungen das Bild von Kirche im Bildungssektor. Ähnliches gilt von der Diakonie. Nicht alles kann durch die Gemeinden abgedeckt werden. Besondere Krisen wie Verschuldung, seelische Nöte oder psychische Erkrankungen erfordern fachliche Beratung, die durch die gemeinsamen Angebote des Kirchenkreises und größerer kirchlicher Kooperationen gegeben werden können. Ein ähnliches Bild ergibt sich z.B., wenn Lehrer und Lehrerinnen sich an den Fortbildungsangebote des Schulreferats beteiligen. Haben wir es hierbei jeweils noch mit Menschen zu tun, mit denen wir in einen direkten Austausch treten können, so zeigt sich bei der Presse- und Internetarbeit, dass wir hier gerade auch durch das, was von den einzelnen Gemeinden berichtet wird, immer auch ein Gesamtbild von Kirche präsentieren.

Dadurch, dass Menschen in sehr unterschiedlicher Weise mit Kirche in Kontakt kommen, entstehen sach- und interessenbezogene Kirchenbeziehungen, vergleichbar vielleicht mit mancher Kasualgemeinde. Man wird sagen können, dass es Menschen gibt, deren „Kirche“ dann ist, wenn sie die gute Pflege eines Angehörigen erleben. Für manche Menschen ist die Erwachsenenbildung ihre Kirche und für wieder andere die gemeinsame Jugendfreizeit mit den „young ambassadors“. Der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt unter Betriebsangehörigen und den Institutionen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist für viele der Kontakt zur Kirche und damit Kirche, die ihnen möglich und uns wichtig ist, aber nur begrenzt eine Rückbindung an eine Heimatgemeinde möglich macht. Wir müssen es annehmen, dass Menschen Kirche außerhalb der Gemeinde positiv und negativ erleben können. Und es nützt nichts, ihnen oder denen, die dort arbeiten, ein schlechtes Gewissen zu machen, wenn sie in der Gemeinde nicht dabei sind. Das ist aus gemeindlicher Sicht vielleicht schmerzlich, aber umgekehrt doch wichtig, dass es ein differenziertes Erleben von Kirche geben kann, das die gemeindlichen Koordinaten allein nicht erfassen. Gerade die Menschen, die übergemeindlich gute Erfahrungen mit Kirche machen, tragen zur Stabilität der Gemeinde und der kirchlichen Gemeinschaft insgesamt bei. Die Komplexität unserer Gesellschaft ist kirchlicherseits durch unser Parochialsystem weder umfassend abzubilden noch zu integrieren. Der Wohnort ist nach wie vor ein wichtiger Bezugspunkt für unsere Arbeit, aber nicht mehr der einzig wichtige für Menschen. Die Vermittlung des Glaubens macht es notwendig, dass Kirche für Menschen auf allen Ebenen erlebbar wird. Der Kirchenkreis ist Verwaltung und Service, aber in dem beschriebenen Sinn ist er auch Kirche. Je deutlicher wir dies ekklesiologisch reflektieren, desto klarer wird, wie wir als Gemeinden und Kirchenkreis zusammengehören. Die Gemeinden und der Kirchenkreis erreichen Menschen in gemeinsamer Verantwortung aber auch auf unterschiedlichen Wegen.

Neben der Parochialstruktur hat es schon immer unterschwellig in unseren Gemeinden ein auf Personen ausgerichtetes Gemeindeleben gegeben. Wirkliche Personalgemeinden, wie z.B. in Bremen, gibt es nach der rheinischen KO nicht. Auch gibt es im engeren Sinn des Wortes

keine Richtungsgemeinden, obwohl wir profilierte Gemeinden haben, die durch ihre Angebote über die Gemeindegrenzen hinaus wirken und Menschen anziehen. Dies bedeutet, dass wir auch in Zukunft darauf achten müssen, dass wir durch Gemeinden oder Angebote des Kirchenkreises Menschen bestimmter Milieus erreichen. Für Moers würde es sich lohnen, gemeinsam über eine Citykirchenarbeit nachzudenken.

Dabei brauchen wir nicht fürchten, dass sich die Parochialstruktur in der presbyterialen Verantwortung grundlegend verändert. Die Gemeinden können erkennen, dass es sie stärkt, wenn um sie herum ein Kontext ist, in dem Menschen Kirche als ihnen zugewandt und hilfreich erleben. Wir befinden uns mit dieser Wahrnehmung in guter biblischer Tradition. Schon im NT gibt es nicht die Kirche, sondern viele Bilder von Gemeinden. Da stehen die Bilder der Hausgemeinde neben denen des wandernden Gottesvolkes, die Hierarchie von Priestern und Bischöfen neben der Gemeindeleitung durch Frauen, das eschatologische Gottesvolk neben der diakonischen Gemeinde. Das NT verzichtet bewusst auf eine Harmonisierung, weil jede Gemeinde in ihrem spezifischen Kontext lebt und es in der Nachfolge Christi auch unterschiedliche Wege geben darf.

4. Ereignisse und Tendenzen

Im folgenden möchte ich an einigen Beispielen aufzeigen, wie sich die Arbeit im Kirchenkreis entwickelt hat und welche Fragen uns beschäftigen.

Der Strukturwandel in unserer Region verändert auch die Zusammensetzung der Gemeinden, bestimmt die demografische Entwicklung und das Finanzvolumen. In den Veränderungen des Bergbaus wird dies deutlich. Die Schließung der Zeche in Neukirchen und die Gründung des Verbundbergwerkes West mit der Zeche Friedrich-Heinrich in Kamp-Lintfort, die Diskussion um die Rahmenbetriebspläne als Voraussetzung, den Bergbau weiterführen zu können, und die europäische Kohlepolitik zeigen, dass die Existenz des Bergbaus insgesamt bedroht ist. Was auch immer wirtschaftlich und politisch über die Bedeutung des Bergbaus oder auch seiner Beendigung gesagt werden kann, hat für uns das Gesicht von Menschen, die in unseren Gemeinden wohnen. Die Kreissynode, der Arbeitskreis Kirche und Bergbau wie auch der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) haben immer betont, dass der Strukturwandel mit dem Bergbau vorangebracht werden soll. Dahinter steht die Einsicht, dass heimische Steinkohle nach wie vor eine energiepolitische Bedeutung hat und behalten soll, dass der Export von Bergbautechnologien die heimische Nutzung zur Voraussetzung hat und der Bergbau wichtiger Auftraggeber für ortsansässige Firmen ist, die ihrerseits auch Zeit brauchen, über den Bergbau hinaus andere Auftraggeber zu finden. Die Arbeitsverhältnisse im Bergbau haben durch die Mitbestimmung und die daraus resultierende sozialverträgliche Anpassung insgesamt vielen Menschen Planungssicherheit für ihr Leben gegeben. Auch wenn die sozialpolitischen Verträge alle weiterbestehen, so ist beim Bergbau eine Grenze erreicht, Menschen durch ihr Arbeitsverhältnis Sicherheit zu geben. Die Zusammenlegung von Zechen wird weitere Belegschaftsumlegungen zur Folge haben. Die Arbeitsvermittlung in andere Berufe hinein ist ein Bestandteil der zecheneigenen Arbeitsmarktmaßnahmen. Welche Auswirkungen das auch haben kann, zeigen die jüngsten Schließungsabsichten des Call-Centers in Kamp-Lintfort, das erst vor knapp einem Jahr mit viel politischer Aufmerksamkeit und auch als Alternative zu den Arbeitsplätzen im Bergbau eröffnet wurde. Umgeschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bergbau, dabei auch Schwerbehinderte, die annahmen, ortsnah einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, stehen erneut vor existentiellen Schwierigkeiten. Diese Erfahrungen werden es noch schwerer machen, Bergleute zu Umschulungen zu motivieren. Selbst wenn quantitativ nach Verlust von Arbeitsplätzen im

Bergbau neue Arbeitsplätze angeboten werden können, so entstehen doch andere, und nach sozialpolitischen Kriterien geurteilt, qualitativ schlechtere Arbeitsplätze.

Die Bedeutung der Berufsarbeit und des Strukturwandels sind durch die Ausstellung der NAN „Arbeit ist das halbe Leben“, den Besuch des Präses in Kamp-Lintfort am 27. August und des Projekts Jugend in Arbeit zu sichtbaren Schwerpunkten geworden. Das einstmals eher sperrige Verhältnis zwischen Kirche und Arbeitswelt hat sich spürbar verbessert. Dabei erkennen die Gemeinden, der Kirchenkreis und die Werke auch immer mehr, dass wir selbst in der Gesamtsumme von ca. 1000 Beschäftigungsverhältnissen zu einem großen Arbeitgeber in der Region gehören. Die tarifrechtlichen Veränderungen, die auf uns zu kommen, dürfen nicht dazu führen, dass auch Kirche als ein unsicherer Arbeitgeber gilt. Arbeitsverhältnisse durch Kündigung zu beenden, fällt niemanden leicht und waren bei kirchlichen Arbeitsverhältnissen eher die Ausnahme. Durch die Einrichtung einer Stellenbörse könnten wir bei Stellenveränderungen bei uns zu mehr Absprachen kommen. Der zur Entscheidung anstehende Förderplan zur Geschlechtergerechtigkeit und die Berufung einer Gleichstellungsbeauftragten kann hier Weichen stellen, dass wir z. B. zu mehr familiengerechten Arbeitsverhältnissen, sinnvollen Modellen von Teilzeitarbeit, etc. kommen.

Zum anderen könnten die Gemeinden ihre Haushalte darauf überprüfen, wie hoch ihre Ausgaben sind, die als Investitionen, Reparaturkosten, Anschaffungen, Einkäufe am Ort etc. unmittelbar Handwerkern, Betrieben und Kaufleuten im Bereich der Gemeinden zufließen. Auch hier würden wir wahrscheinlich erkennen können, dass die Finanzmittel der Gemeinden die Arbeitsplätze anderer sichern helfen.

Seit den ersten Arbeitskämpfen in Rheinhausen Anfang der 80er Jahre hat der Kirchenkreis sein sozialetisches Profil gewonnen, das dann zur Gründung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt bei uns und in der Landeskirche führte. Dies verdanken wir dem unermüdlichen Einsatz von Pfarrer Dieter Kelp, der durch sein persönliches Engagement diese Arbeit aufgebaut und als Vorsitzender des KDA Ausschusses im Kirchenkreis und der Landeskirche geleitet hat. Wenige Wochen vor seinem Ruhestand möchte ich ihm im Namen der Synode dafür herzlich danken und auf weitere kritische Begleitung der Arbeit hoffen.

Neu in unserer Mitte begrüße ich die Pfarrerinnen Almut Gätjen, Krankenhauspfarrerin in Moers und Ulrike Thölke, Pfarrerin der Gemeinde Wallach-Ossenberg. Ich hoffe, dass ihnen nach den ersten Wochen in den neuen Stellen ihre Arbeit Freude macht und sie auch gerne in der Synode mitarbeiten. In den Ruhestand gehen auch die Pfarrer Hanswerner Frommhold, Baerl und Klaus van der Zwaag, Hochheide. Damit verliert der Kirchenkreis drei Pfarrer, die seit Anfang und Mitte der 70er Jahre durch ihr Profil den Kirchenkreis fast 30 Jahre mitgeprägt haben. Ich danke euch herzlich, wünsche einen guten Wechsel in die neue Lebenssituation und hoffe, dass ihr als die „Wolke der Zeugen“, jetzt in der Eigenschaft als Ruhestandspfarrer, Menschen und Gemeinden eurer bisherigen Wirkungskreise verbunden bleibt. Bald werden auch die Stellen in Meerbeck und in Schwafheim besetzt sein. Dem Presbyterium in Schwafheim mit seiner Vorsitzenden Frau Huhndorf, Pfarrer Friedhelm Habermehl als Vakanzverwalter, dem Bevollmächtigtenausschuß unter der Leitung von Dieter Etter und den Landeskirchenräten Teschner und Dr. Klostermann möchte ich für alle Umsicht und Gemeinschaft in den schwierigen Wochen danken. Gerade hier hat sich unsere presbyterial-synodale Zusammengehörigkeit bewährt.

Vieles gäbe es noch zu berichten und zu bewerten: die Internetarbeit, die ein gutes Echo findet und gerade in den Tagen seit dem 11. September besonders viel aufgerufen wurde. Das

Haus Rheinberger Str. 17 ist nun durch die Drogenhilfe, die Schuldnerberatung, das Diakoniecave und den Eine-Welt-Laden zu einem Haus der Diakonie geworden.

Das Evangelische Forum tritt mit einem neuen Profil an die Öffentlichkeit, um durch Bildungsangebote und –inhalte Aufmerksamkeit zu wecken für den Glauben und die Werte, zu denen er ermutigt. Die Dekade zur Überwindung der Gewalt ist darin ein Schwerpunkt. Die Eltern-Kindarbeit, einstmals in den Nischen gemeindlicher Programme, gehört nun in vielen Gemeinden zu den großen Gruppenangeboten. Das wurde durch die konzeptionelle Gestaltung dieses Arbeitsbereiches möglich.

Das Frauenreferat feiert am 23. November sein zehnjähriges Bestehen, ein Anlaß nicht nur für Frauen, sondern für uns alle im Kirchenkreis für die theologischen Einsichten und kirchlichen Entwicklungen zu danken, die durch das Frauenreferat auf den Weg gebracht wurden.

Das Jugendreferat hat in diesem Jahr mit Jugendlichen aus Wisconsin eine internationale Begegnung in Frankreich (Taizé und Paris) durchgeführt. Das Programm der „young ambassadors“ ist zu einem festen Bestandteil der Jugendarbeit geworden. Im Augenblick läuft ein Plakatwettbewerb im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt, der hoffentlich in vielen Gemeinden gute Resonanz findet.

Seit einem Jahr wird in Rheinhausen über die Ansiedlung einer forensischen Klinik diskutiert und politisch wie juristisch gestritten. Dabei geht es bei den Betroffenen, in deren Nähe die Klinik gebaut werden soll, um die Sorge, ob diese Klinik die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet. Die Angst der Menschen ist ernst zu nehmen, wo sie aber politisch geschürt wird, ist ihr zu widersprechen. Forensische Kliniken therapieren schuldunfähige und vermindert schulfähige Menschen, die im Sinne des Maßregelvollzugs nach richterlichem Urteil eingewiesen werden. Die dezentrale Unterbringung der Forensik-Patienten in überschaubar großen Einrichtungen ist eine Möglichkeit, Sicherheit und Therapie zu verbinden und durch Öffentlichkeitsarbeit Vorurteile abzubauen und die Ausgrenzung dieser oft schwerkranken Täter zu überwinden. Die Klinik in Friemersheim wird für suchtkranke Täter eingerichtet. Träger dieser Klinik werden gemeinschaftlich die von Bodelschwingschen Anstalten Bethel und das Johanneswerk in Bielefeld. Bethel hat zwar schon Erfahrungen mit forensischen Patienten, aber es ist dennoch das erste Mal, dass eine diakonische Einrichtung Träger einer forensischen Klinik wird. Ich erhoffe mir von dieser Trägergemeinschaft, dass sie durch eine gute Informationsarbeit und Einbeziehung der Bevölkerung Ängste abbauen und die Notwendigkeit einer forensischen Einrichtung einsichtig machen kann. Auf die Gemeinden im Duisburger-Westen und auf den Kirchenkreis kommt hier eine besondere Herausforderung zu. Wir werden unsere Mitarbeit in der Vermittlung zwischen Klinik und Bevölkerung und im zu schaffenden Beirat anbieten und auf eine Versachlichung der Diskussion hinarbeiten. Dabei kann es notwendig werden, dass Friemersheim und die Gemeinden in Rheinhausen die Solidarität der anderen Gemeinden brauchen werden.

In diesem Jahr gedachten manche an den 600. Todestag des Nikolaus von Kues. Er war im Spätmittelalter vielleicht einer der letzten Gelehrten und Kirchenmänner, die das Wissen und die Kenntnisse ihrer Zeit noch zusammendenken und miteinander verbinden konnten. Er hat keine Schule begründet und keinen Orden um sich gesammelt, aber Gedanken und Einsichten hinterlassen, an die sich zu erinnern auch heute noch lohnt. Er lebte in der Zeit vor der Reformation, ohne als Vorreformer zu gelten. Er war auf der Suche nach der Einheit in der Vielfalt. Im Zusammenfallen der Gegensätze (coincidentia oppositorum) entdeckte er sein Erkenntnisprinzip, erkannte er seinen Weg zu Gott, der als der Allmächtige auch der Gekreuzigte ist.

Es lohnt sich, heute an ihn zu erinnern, der, um nur Weniges anzudeuten, den Mensch nicht als Krone, sondern als Teil der Schöpfung sah. Er rief zu einem Dialog der Religionen auf, als die Türken Konstantinopel eroberten. Er hat vor 550 Jahren in Kues ein Altersheim gegründet, das bis heute besteht und dort eine Kapelle gebaut, deren Decke von einer achteckigen Mittelsäule, aus der zwölf Rippen hervorgehen, getragen wird. Diese Mitte ist Christus. Er ist der Eine, der die vielen trägt. In ihm wurzelt die Vielfalt und kehrt zu ihm als Einheit zurück. In ihm liegen, wie es die Jahreslosung sagt, „alle Schätze der Weisheit und der Erkenntnis“. Erkenntnis ist für Nikolaus von Kues „Liebeswissen“. Glaube und Wissen sind in der Liebe verbunden.

Daran können wir uns erinnern und daraus können wir leben. In Liebe spricht Christus uns an. Sein Wort trägt unsere Worte. Wo er ins Gespräch kommt, liegt trotz allem Hoffnung in der Luft. Er schenkt uns sein Vertrauen und seine Liebe gilt allen, zu denen er uns sendet.

Im November 2001

Jürgen Thiesbonenkamp